

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002121/2025
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Mary Khan (ESN), Petra Steger (PfE)

Betrifft: Einfluss linker Organisationen auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten

In seiner Anhörung am 12. Mai 2025 im LIBE-Ausschuss¹ erklärte Michael Schotter, Direktor in der Generaldirektion Migration und Inneres (GD HOME), dass die Liste sicherer Herkunftsstaaten auf Unionsebene auf Empfehlungen der EU-Asylagentur basiert, die sich wiederum auf Informationen des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie des UNHCR stützt. Insbesondere letzteres fungiert zusehends als Lobby für eine weitgehend schrankenlose Zuwanderungspolitik. Damit drängt sich die Frage auf, wie glaubwürdig die von Kommissar Brunner angekündigte „restriktive“ Asylpolitik tatsächlich ist. Denn wenn Beratungsleistungen zur politischen Entscheidungsfindung ausgerechnet von Organisationen mit klar erkennbarer massenmigrationsbefürwortender Agenda stammen, entpuppt sich jede angebliche Verschärfung als reine Symbolpolitik. Es entsteht vielmehr der Eindruck, dass Brüssel gezielt versucht, nationale Listen sicherer Herkunftsländer durch zentralisierte EU-Listen zu ersetzen, um damit langfristig eine nachhaltig restriktive Asylpolitik auf nationaler Ebene unterlaufen zu können.

1. Wie beabsichtigt die Kommission, eine wirksame Verschärfung des Asylrechts umzusetzen, wenn sie sich weiterhin durch Organisationen wie UNHCR beraten lässt, die offenkundig eine massenmigrationsfördernde Agenda verfolgen?
2. Welche weiteren externen Akteure und nichtstaatliche Organisationen haben derzeit direkten oder indirekten Einfluss auf die Erstellung der Liste sicherer Herkunftsstaaten?
3. Plant die Kommission Maßnahmen, um künftig eine ausgewogene ideologische Repräsentation unter den Organisationen sicherzustellen, die im Bewertungsprozess sicherer Herkunftsstaaten mitwirken?

Eingang: 27.5.2025

¹ https://multimedia.europarl.europa.eu/en/webstreaming/libe-committee-meeting_20250512-1500-COMMITTEE-LIBE